

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal	<input type="radio"/>	Pforzheimer Zeitung	<input type="radio"/>
BNN Bretten	<input type="radio"/>	Mühlacker Tageblatt	<input type="radio"/>
BNN Kreisseite	<input type="radio"/>	Eppingen.org	<input type="radio"/>
Brettener Woche	<input type="radio"/>	IHK	<input type="radio"/>
Kurier	<input type="radio"/>	Wochenblatt	<input type="radio"/>
www.ka-news.de	<input type="radio"/>	Pforzheimer Rundschau	<input type="radio"/>
Landfunke.de	<input type="radio"/>	NADR	<input type="radio"/>
www.bruchsal.org.de	<input checked="" type="radio"/>	Amtsblatt Stadt Bruchsal	<input type="radio"/>
Bruchsaler Woche	<input type="radio"/>	www.bak-bretten.de	<input type="radio"/>
Hügelhelden.de	<input type="radio"/>		

Datum: 17. September 2014

Weg mit den „Rentenkürzungsfaktoren“ Fazit der IG-Metall Seniorinnen und Senioren

[Pressestelle IG Metall Bruchsal](#)

Mittwoch, 17. September 2014 - 13:22

<Der Arbeitskreis Seniorinnen und Senioren der IG Metall Bruchsal-Bretten tagte kürzlich im Ratskeller in Bruchsal. Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Felix Schindwein, konnte eine stattliche Anzahl von Seniorinnen und Senioren begrüßen. Der Seniorenarbeitskreis vertritt 1.950 Rentner, die Mitglied der IG Metall sind.

Einer der Haupttagesordnungspunkte war das RV-Leistungsverbesserungsgesetz (Rentenpaket). In einem Referat stellte Schindwein die einzelnen Punkte des Rentenpaketes vor. Bei der anschließenden Diskussion lobten besonders die anwesenden Seniorinnen die Verbesserungen wie z.B. „Mütterrente“. Alle weiteren Diskussionsbeiträge wurden dann eher negativ bewertet. Hauptkritikpunkt war die sehr komplizierte „Rentenanpassungsformel“.

Grundlage der Rentenerhöhung ist nach wie vor die Brutto Lohnentwicklung. Berücksichtigt werden allerdings nur Lohnsteigerungen, für die Rentenbeiträge entrichtet werden. Das bedeutet: Die Entwicklung der Beamtengehälter und der Löhne bzw. Lohnbestandteile, die rentenversicherungsfrei sind (z.B. beitragsfreie Entgeltumwandlung, Löhne und Gehälter über der Beitragsbemessungsgrenze) bleiben bei der Berechnung der Rentenanpassung außer Betracht. Und immer neue Kürzungsfaktoren werden in die Formel eingebaut, um den Rentenanstieg zu bremsen. Die Rentenhöhe wurde ferner gesenkt durch: Kürzung von Anrechnungszeiten, Anhebung des Rentenalters, höhere Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge und Besteuerung der Rente. Durch die vielen Eingriffe nach politischem Belieben (egal bei welcher Regierung) sinkt das Rentenniveau immer weiter. Von rund 70% noch bis Ende 1990, soll es bis 2030 auf 43% sinken. Im Vergleich zu anderen Ländern liegt Deutschland im unteren Drittel. Die Rentner sind die Verlierer der letzten Jahrzehnte, die inflationäre Entwicklung (und sei sie noch so gering) kann durch die derart gekürzten Renten nicht mehr aufgefangen werden. Bei der Diskussion wurde auch betont, dass ausreichende Rentenanpassung (Rente als Lebensstandard-Sicherung) eine gesetzlich verbindliche Zusage des Staates gegenüber den GRV-Versicherten bei der Einführung der umlagefinanzierten Rente 1957 war.

Die anwesenden Senioren und Seniorinnen stellten folgende Forderungen auf:

- Alle Kürzungsfaktoren in der Rentenformel müssen gestrichen werden.
- Unabdingbar ist die Wiederankopplung an die Entgeltentwicklung (ohne Kürzungsfaktoren).
- Ein Lebensstandard gemäß des individuellen Rentenanspruchs muss über die gesamte Rentenzeit gesichert sein.
- Die Rentenanpassungen müssen wieder transparent und zuverlässig sein.

Vor Ende der Veranstaltung stellte Schindwein nochmals fest, dass es hier nicht um uns „Alte“ geht, wir alle müssen den Generationsvertrag verteidigen. Wir brauchen für die Zukunft eine solidarische gesetzliche Rentenversicherung. Das Rentenpaket ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, doch Altersarmut kann nur durch weitere mutigere Schritte vermieden werden. Wenn nicht eine grundsätzliche Wende eingeleitet wird, sind vor allem die heute „jungen“, also die kommenden Rentnergeneration, von einer dramatisch zunehmenden Verarmung betroffen. Die Rente sollte so bemessen sein, dass am Ende eines Erwerbslebens ein menschenwürdiges Leben möglich ist.